

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

Grüne

Beschluss

Resolution zum Welt-AIDS-Tag

Osteuropa ist der neue AIDS-Brennpunkt

Osteuropa ist inzwischen stärker von HIV und AIDS betroffen als Westeuropa. Während in Westeuropa insgesamt 540.000 Menschen mit HIV und AIDS gezählt werden, sind es in Mittel- und Osteuropa bereits über eine Million Menschen. Und das, obwohl sich HIV und AIDS in Osteuropa erst rund 10 Jahre später ausbreitete.

Allein im Jahr 2000 infizierten sich 250.000 Menschen mit HIV. UNAIDS, aber auch die lokalen Gesundheitsbehörden gehen indes von weit höheren Zahlen aus, da das tatsächliche Infektionsgeschehen durch ein unterentwickeltes Hilffssystem kaum ein realistisches Bild der Situation wiedergibt.

Ein gravierender Unterschied zwischen West- und Osteuropa ist die Tatsache, dass die Versorgung der von HIV und AIDS betroffenen Menschen in Westeuropa weitgehend gewährleistet ist. In Osteuropa gibt es keine ausreichende Versorgung mit Medikamenten. Deswegen sterben die Betroffenen. Es ist dort für die nächsten Jahre mit Zehntausenden von Toten zu rechnen.

Mit der EU-Osterweiterung werden die weiteren Länder Osteuropas zu unseren unmittelbaren Nachbarn. Die alarmierenden Zahlen machen deutlich, dass es an der Zeit ist, energische Gegenmaßnahmen zu fordern. Nur durch Prävention und Behandlungsangebote wird es gelingen, eine Entwicklung zu verhindern, die auf anderen Kontinenten bereits eingetreten ist und zu verheerenden Konsequenzen geführt hat.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN warnen eindringlich vor den menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer AIDS-Epidemie in Osteuropa.

Deutschland muß daher mehr als die bisher veranschlagten 300 Millionen Euro bis 2007 für den Weltgesundheitsfonds bereitstellen, gerade vor dem Hintergrund der Herausforderung in Osteuropa scheint diese Summe viel zu wenig.



Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, sich weiter aktiv im Kampf gegen die Ausbreitung der Krankheit einzusetzen und insbesondere die Beziehungen zu Russland, der Ukraine und Belorußland dazu zu nutzen, auf die Gefahren hinzuweisen und die betroffenen Länder in ihrem Kampf zu unterstützen.

Ebenso stehen die Bundesländer und die Kommunen in der Verpflichtung, ihre Kontakte in diesem Sinne zu nutzen. Sie müssen, etwa nach dem Vorbild Hamburg – St. Petersburg, ihre Partnerschaften in diese Länder dazu nutzen, vor Ort auf die Gefahren hinzuweisen, für den Handlungsbedarf zu sensibilisieren und sich für konkrete Hilfsprojekte vor Ort durch die Zurverfügungstellung von Know-How und Hilfsmitteln einzusetzen.

Darüber hinaus fordern wir die Unternehmen der Pharma-Industrie auf, Medikamente für Osteuropa preiswerter als bisher verfügbar zu machen. Die lokalen Gesundheitsbehörden bieten Menschen mit HIV und AIDS bislang kaum eine Möglichkeit, Antiretrovirale Therapien durchzuführen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind viel zu sehr begrenzt.